

Was tun mit „Gefährdern“?

Asylwerber*innen sollen per Verdacht in Sicherungshaft genommen werden. Das zeigt die Scheinheiligkeit der Regierung: Sie präsentiert sich als Unterstützer von Sicherheit, obwohl sie z.B. gerade bei Frauen Maßnahmen setzt, die genau diese reduzieren. Die rassistische Maßnahme kann auf alle ausgeweitet werden, die der Regierung in die Quere kommen.

Seite 2

Mieter*innen im Widerstand

In deutschen Städten fehlen derzeit eine Million Wohnungen und die Mieten explodieren. Es formiert sich eine Mietenbewegung. Die zahlreichen Mieter*inneninitiativen fangen an, sich bundesweit zu vernetzen und es gibt große Demonstrationen. Ursel Beck, selbst Aktivistin in Stuttgart berichtet über die Bewegung und die Forderungen nach Enteignung.

Seite 12

Schwerpunkt

Noch vor kurzem blickten viele hoffnungsvoll auf linke Regierungen in Venezuela, Bolivien und Griechenland. Warum liegen dann heute bei Wahlen die Rechten oft vorne?

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 276 | 04.19

Spekulation & Mietwucher: Profiteure enteignen

4 von 10 österreichischen Haushalten leben in Mietwohnungen. In Großstädten sind es deutlich mehr, in Wien sogar 8 von 10. Wer wenig verdient, wohnt besonders oft zur Miete. Bis zu 40% des Monatseinkommens gehen dafür drauf. Das liegt an den steigenden Kosten und am niedrigen Lohnwachstum. Deshalb brauchen wir Kämpfe für höhere Löhne und den Aufbau einer aktiven Mieter*innenbewegung. Beides gehört zusammen.

Die Bundesregierung möchte Gemeinde- und



Wien schafft nicht einmal das und trägt so zur Wohnungsnot bei. Nötig wäre als erster Schritt ein massiver Neubau von Gemeindewohnungen. Die Forderung ist populär – in Salzburg konnte KPÖ Plus mit der Forderung nach 10.000 neuen Gemeindewohnungen in 10 Jahren in den Stadtrat einziehen. Diesen Schwung gilt es zu nutzen – für eine Bewegung von Gewerkschafter*innen, jungen Menschen und Mieter*innen, um die Milliarden von den Reichen zu erkämpfen, die wir für menschenwürdiges Wohnen brauchen.

Christian Bunke

Schwarz-Blau will den Wohnungsmarkt weiter für Privatisierung, Spekulation und Mietwucher öffnen.

geförderte Wohnungen privaten Miethäusern und Spekulation überlassen. In Wien will die ÖVP Gemeindewohnungen für den Verkauf öffnen. Für Altbauten soll das Lagezuschlagverbot wegfallen. Das heißt: Liegt deine Altbauwohnung in der

Nähe von Park oder U-Bahn, kann sie bald deutlich teurer werden. All das ist Teil einer geplanten Mietrechtsreform. Die hat Schwarz-Blau den Immobilienhagern versprochen, denn diese haben mit Millionen deren Wahlkampf finanziert.

3 von 4 neu abgeschlossenen Mietverträgen im privaten Wohnungsbereich sind befristet, was Mieter*innen erpressbar macht. Vermieter*innen können die Mieten in die Höhe treiben und sich um Reparaturen drücken. Mieter*innen unterschrei-

ben den neuen Mietvertrag, oder sie fliegen raus. In Berlin wehren sich die Mieter*innen und fordern die Enteignung der großen Miethäuser (mehr auf Seite 12). Das brauchen wir auch.

Seit Jahren werden kaum Gemeindebauten mehr gebaut. Es herrscht Mangel, den SPÖ und Grüne durch Zugangsbeschränkungen managen. Die Arbeiterkammer fordert den Neubau von 9.000 geförderten Wohnungen pro Jahr allein für Wien. Das „rote“

Die SLP fordert:

- Befristete Mietverträge verbieten
- Keine Privatisierung im Gemeindebau
- Für ein massives Bauprogramm von Gemeindewohnungen
- Leer stehende Häuser in Gemeindeeigentum überführen
- Spekulant*innen enteignen



von Sonja Grusch Die Mindestsicherung soll ab 2020 (wieder) Sozialhilfe heißen. Hat sie schon bisher nicht das Mindeste zum Leben nötige gesichert, so ist sie künftig weder sozial, noch eine ausreichende Hilfe. Die Regierung arbeitet mit dem Klischee der migrantischen Großfamilie, die kein Deutsch kann, aber mit vielen Kindern dem Staat auf der Tasche liegt.

Die weitere Kürzung wird Menschen (weiter) in die Armut treiben und zur Schwarzarbeit zwingen, v.a. weil Kickl Asylwerber*innen zum Lohndumpen zwingen will. Sie wird Frauen (und Kinder) in gewalttätigen Beziehungen halten. Sie wird Behinderte noch stärker entmündigen. Und sie ist super lukrativ für Unternehmen. Weil dadurch Geld frei wird für die geplante steuerliche Entlastung von Unternehmen. Und weil Menschen, je

Sozialhilfe als Erpressungsinstrument

verzweifelter sie sind, umso eher bereit sind, auch die mieseste, gefährlichste Arbeit anzunehmen. Der ÖGB hat sich in Presseaussendungen gegen die Reform ausgesprochen. Viel niedrigschwelliger kann Protest kaum sein. Wenn die schaumgebremste Politik des ÖGB nicht so gefährlich wäre, könnten wir uns aufs Fremdschämen beschränken. Die abgehobene Gewerkschaftsführung mit ihren Einkommen von monatlich einigen Tausend Euro lässt – wieder einmal – die Mitgliedschaft im Stich. Und zwar alle, nicht nur „die Ausländer“, von denen sie immer noch so tut, als ob man sich um sie nur „zusätzlich“ zu den „eigenen“ kümmern müsse, anstatt endlich zu verstehen, dass die Arbeiter*innenklasse in Österreich ALLE umfasst, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Schon längst ist klar: Mit dieser Gewerkschaftsführung ist kein Kampf zu gewinnen. Wir brauchen eine andere, um die Gewerkschaften zu den dringend nötigen Kampforganisationen zu machen!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Was tun mit „Gefährdern“?

Asylwerber*innen sollen nunmehr per Verdacht, ohne dass eine Straftat begangen wird, eingesperrt werden. Das plant zumin-

tiert sich als Unterstützer von Sicherheit, obwohl sie auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen setzt, die genau diese reduzieren. Ziel

zugunsten der Reichen, nicht der Wähler*innen. Obwohl Kickl jetzt versichert, dass die Maßnahme „nur“ gewalttätige Asylwerber*innen betrifft, so kann die Regelung sehr schnell auch auf andere Gruppen, wie z.B. linke Aktivist*innen und/oder auf kämpferische Gewerkschafter*innen ausgeweitet werden, sofern diese zu einem Problem für die Regierung werden. Um die Umsetzung der Sicherungshaft und die benötigte Verfassungsänderung zu verhindern, reicht es nicht, auf eine Ablehnung durch SPÖ und NEOS im Parlament zu hoffen. Wir müssen selbst aktiv werden und Druck auf der Straße und von unten aufbauen.

Monika Jank

„Sicherungshaft“ – Eine rassistische Maßnahme, die letztlich auf alle ausgeweitet werden kann.

dest FPÖ-Innenminister Kickl mit der Einführung der Sicherungshaft. Sein Vorschlag wird von vielen Seiten mit Entsetzen entgegengenommen. Härtere Strafen reduzieren nicht die vorhandene Kriminalität und Gewalt – das zeigen unzählige Untersuchungen.

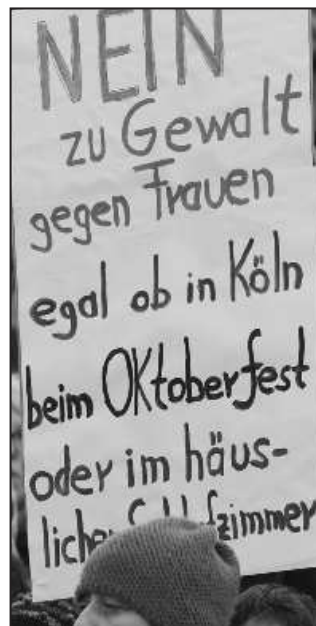
Die Sicherungshaft zeigt die Scheinheiligkeit der Regierung auf: Sie präsen-

ist es, den Repressionsapparat auszubauen. Durch die Sicherungshaft gibt die Regierung also schlicht vor, Probleme zu lösen, die sie eigentlich selbst geschaffen hat. Die Darstellung von Asylwerber*innen als potenziell gefährlich liegt ganz im Sinne ihrer rassistischen Propaganda und lenkt von ihrer eigentlichen Politik ab. Die ist nämlich Sozialabbau

Sicherungshaft reduziert Gewalt gegen Frauen nicht

Wenn Frauen eine Anzeige erstatten, wird dieser oft nicht nachgegangen bzw. erst gehandelt, wenn es zu spät ist. Die verständliche Hoffnung mancher ist, durch die Sicherungshaft jene, die Gewalttaten androhen, wegsperren zu können. Doch der Regierung geht es nicht darum, Gewalt gegen Frauen tatsächlich zu bekämpfen. Durch die Fokussierung auf Asylwerber, vor denen „unsere“ Frauen geschützt werden müssen,

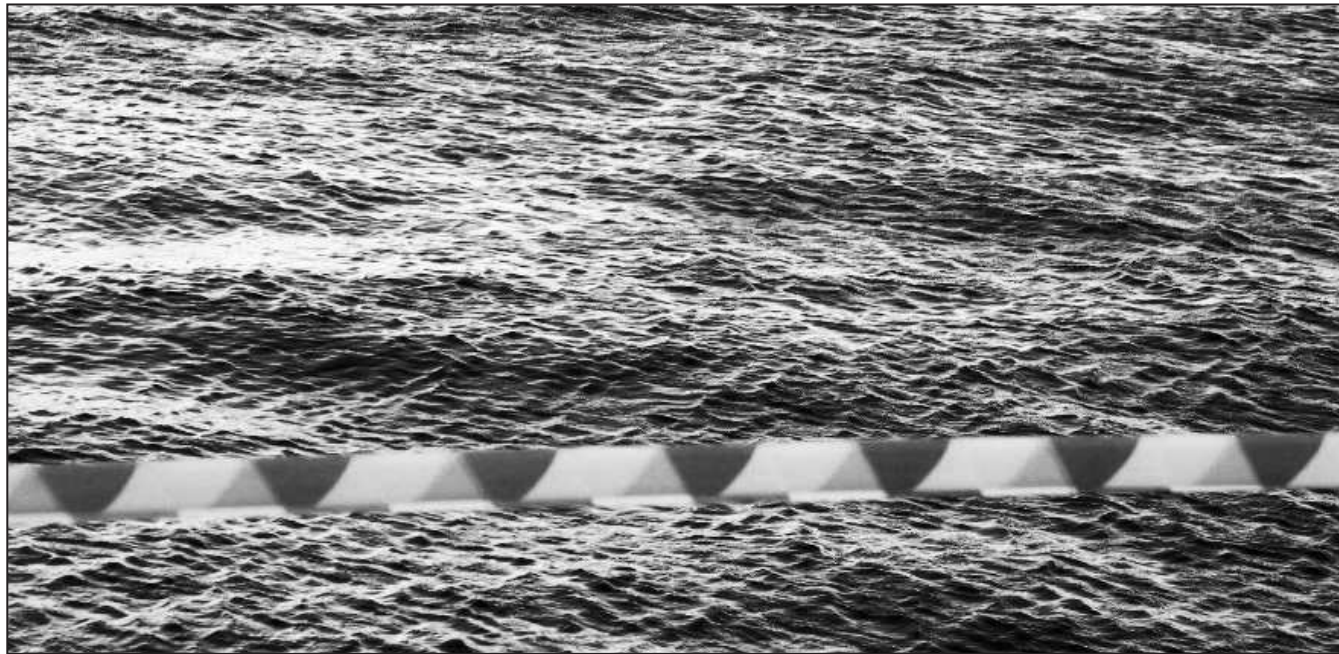
wird von der Tatsache abgelenkt, dass der absolute Großteil der Täter aus dem unmittelbaren familiären Umfeld kommt, egal welcher Herkunft. Womit kann Gewalt an Frauen tatsächlich entgegen gewirkt werden? Durch soziale Sicherheit wird die finanzielle Abhängigkeit beendet, die es oft unmöglich macht, einer gewalttätigen Beziehung zu entfliehen. Ein Mindestlohn von 1.700 ist dabei eine zentrale Forderung.



Rassismus als Grundzutat von Regierungsmaßnahmen

Wie bei anderen Maßnahmen (z.B. Mindestsicherung) auch, werden Kürzungen und Repressalien zuerst bei Asylwerber*innen und „Ausländern“ „ausprobiert“, bevor sie auf die ganze Bevölkerung übertragen werden. Statt sich tatsächlich mit der Ursache von Problemen zu beschäftigen, soll eine ganze Bevölkerungsgruppe als Sündenbock erhalten. Durch Beschränkung auf die Inhaftierung von „potenziell gefährlichen“ Asylwerber*innen wer-

den alle Asylwerber*innen als gefährlicher als der Rest der Bevölkerung abgestempelt. Rassismus – und die Regierung kann weitermachen frei nach dem Motto „wenn sich zwei streiten freut sich der Dritte“. Die Gewerkschaft schweigt, obwohl der Abbau demokratischer Rechte sich immer auch gegen die Arbeiter*innenbewegung richtet, beginnend bei Arbeiter*innen ohne Staatsbürgerschaft – aber nicht dort stehenbleibend.



Die EU: Für Banken und Konzerne

Wachsender Nationalismus liegt weniger an Flüchtlingspolitik oder Brüsseler Bürokratie, sondern hat v.a. wirtschaftlich profitiert: Seit der Euroeinführung hat Deutschland 1,9 Billionen gewonnen, Frankreich 3,6 und Italien 4,3 Billionen

mus rechter und rechtsextremer Parteien wie Fidesz oder Vox mit jenem in Schottland oder Katalonien, der die Un-

zu, besser die geostrategischen Interessen des europäischen Kapitals umzusetzen. Auch Menschenrechte werden mit Füßen getreten, wie die unzähligen Toten im Mittelmeer zeigen oder die Kooperation mit brutalen Diktaturen, wenn man sich Vorteile verspricht.

Die Alternative zur EU der Banken und Konzerne ist nicht die Rückkehr zum Nationalstaat auf kapitalistischer Grundlage, das würde nur zu weiteren Sparpaketen für die Wettbewerbsfähigkeit führen. Die Alternative ist ein sozialistisches Europa, nicht für den Profit der Konzerne, sondern die Bedürfnisse der Menschen.

Georg Kumer

Auch wenn es widersprüchlich scheint – je länger die EU besteht, desto mehr Nationalismus entsteht.

schaftliche bzw. soziale Gründe. Die EU ist als Ganzes so ausgelegt, dass v.a. große Konzerne profitieren. Sie ist keine „Sozialunion“, sondern setzt auf Kürzungs- politik – je schwächer die Wirtschaft, um so brutaler. Insbesondere der Euro ist ein Schönwetterprojekt, das mit der Krise die Gegensätze zwischen den Staaten deutlicher zeigt. Die stärksten Wirtschaftsnationen haben

verloren. Kein Wunder, wenn sich die Menschen in Italien, Griechenland oder Spanien fühlen, als ob sie Kolonien Deutschlands wären. Griechenland wurde zur Profitsicherung deutscher und französischer Banken geplündert, die Leute in Armut gestürzt. Das gibt nationalistischer Stimmung Auftrieb. Nicht vergleichbar aber sind der rassistische, prokapitalistische Nationalis-

abhängigkeit als Möglichkeit für sozialere Politik und nicht für mehr Abschottung sieht.

Die EU ist also nicht der Schutz vor Nationalismus oder Konflikten zwischen den Staaten, sondern Teil der Ursache. Sie ist kein Friedensprojekt, wie die Beteiligung an imperialistischen Kriegen zahlreicher EU Staaten zeigt. Der Aufbau einer EU-Armee dient da-

EU-Freiheiten: Für wen?

Der freie Kapitalverkehr ermöglicht das Verschieben beliebig großer Summen innerhalb der EU. Die Unternehmen können investieren, wo sie am meisten Profit machen, am wenigsten Steuern zahlen oder die Löhne am niedrigsten sind. Länder können gezwungen werden, Teile staatseigener Unternehmen zu verkaufen, da sonst das Recht, Kapital in diesem Bereich zu investieren, unterlaufen wird.

Durch den freien Personenverkehr kann jede*r in dem EU Land arbeiten, in dem man möchte. Verkauft als Schritt zu einer freieren Gesellschaft, dient das oft zum Lohndumping oder der Unterwanderung von Arbeitsrechten, z.B. durch Subunternehmer auf Baustellen. Hier haben die Gewerkschaften versagt, für einen echten Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen für alle hier lebenden zu kämpfen.

Der freie Warenverkehr begünstigt neoliberale Politik wie Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten. Es setzt sich durch, wer am profitabelsten produziert, also am wenigsten zahlt für Löhne, Umweltschutz und Arbeitssicherheit. Höhere Auflagen in einem Land werden so ganz legal durch die EU unterwandert, das führt zu einer Anpassung nach unten zu Lasten von Beschäftigten und Umwelt.

Auch der freie Dienstleistungsverkehr bietet den Unternehmen die Möglichkeit, Löhne, Arbeitsrechte und andere Vorgaben zum Schutz der Beschäftigten zu unterlaufen. Durch scheinselfständige Arbeitsverhältnisse müssen z.B. in der Bau-, oder Logistikbranche in Europa zehntausende unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu einem Hungerlohn schuften – und das Ganze mit dem Segen der EU.

Der rechte Rand

Tarrant, der Mörder von mindestens 50 Personen in Christchurch, sei ein Einzeltäter, das stand für die Behörden früh fest. Er sei „nicht Teil unserer Gesellschaft“, meinte Neuseelands Premierministerin. Abgesehen von der juristischen Bewertung: Aus politischer Sicht war er alles andere als ein Einzeltäter. Wie bei rechtsradikalen Mördern anderer Attentaten in Norwegen, Quebec, Parkland, Oak Creek, Charlottesville... gibt es einen klaren Zusammenhang zum rassistischen und faschistischen Umfeld. Es geht nicht „nur“ um Foren im Internet, sondern um eine reale, internationale Bewegung. Nicht zufällig bezieht sich Tarrant auf Trump, das gefeierte Idol vieler Rechtsextremer. Klar bedient er sich auch der Sprache der „neuen Rechten“, wie sie auch die österreichischen „Identitären“ führen. Wie diese spricht er vom „Großen Austausch“. Gemeint ist eine Verschwörung der „Eliten“ (der antisemitische Bezug ist kein Zufall), um die „weiße“ Bevölkerung durch Muslime auszutauschen. Was Identitäre&Co auf die Straße tragen und oft von etablierten Rechtspopulisten von FPÖ über ÖVP bis Orban aufgegriffen wird, setzen Tarrant & Co. in die Tat um. Die Rechten erfinden ein Bedrohungsszenario und rufen zum gewaltsamen Widerstand. Nichts anderes tun Identitäre, wenn sie sich auf Prinz Eugen, Reconquista und Türkenbelagerung beziehen. Wer das nächste rechtsextreme Attentat verhindern will, muss auch hierzulande gegen die Rechten mobilisieren und den Kampf gegen die echten Bedrohungen wie Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt gegen Frauen etc. aufnehmen!

Till Ruster

FPÖ: Betriebsrat? Freund*in vom Chef!

Groteske Plakate der „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ (FA) bei den Arbeiterkammer- (AK-) Wahlen in Oberösterreich: „Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung vorantreiben“ steht unterm Logo der FPÖ, die im Bund den 12-Stundentag einführt und im Land Gebühren für Kindergärten erhöht. Sie wollen auch in ÖGB und AK Einfluss. Ihre aggressive Politik gegen Beschäftigte verstecken sie hinter leerer Propaganda und dem Gerede von angeblich „österreichischen“ Interessen. Tatsächlich vertreten sie jene der österreichischen Unternehmen. Klare Aussagen gibt es GEGEN Streiks, Demonstrationen, Kolleg*innen mit Migrationshintergrund, „CO2-Panik“, ... - von Personalabbau, Betriebsschließungen oder Rekordgewinnen bei Banken und Konzernen kein Wort. Trotzdem gelingt es den FA, Stimmen bzw. Betriebsratsmandate zu gewinnen.

Denn FSG und (wo sie von Bedeutung ist) FCG werden oft zu Recht als abgehoben gesehen. Das gilt besonders für Funktionär*innen von ÖGB und AK. Aber auch für viele alteingesessene Betriebsrät*innen, die kaum Kontakt zur Belegschaft pflegen, keine Betriebsversammlungen abhalten, Betriebsvereinba-

rungen über die Köpfe der Beschäftigten hinweg unterschreiben usw. Sie sind der Geschäftsführung oft näher als der Belegschaft. Das macht es FPÖler*innen leicht, sich als bodenständige Alternative zu geben. Wenn keine echte Alternative zur Wahl steht, kann die Abgrenzung zum verhassten „Betriebsratskaiser“ für viele Grund genug für ein Kreuzerl sein, ohne dass das politische Programm und die Methoden der neuen Liste bekannt sind. Wer entscheidet über das Vorgehen des Betriebsrats, gibt es Urabstimmungen durch die Belegschaft über Forderungen, Kampfmaßnahmen und Verhandlungsergebnisse? Wie zum z.B. reagieren sie auf Jobabbau oder 12-Stunden-Schichten im Betrieb bzw. Lohnnebenkostensenkungen oder Streichung von freien Tagen auf Regierungsebene? Zuvor „unpolitische“ Freiheitliche werden rasch die Kolleg*innen verraten und die Interessen der Firma gegen die Beschäftigten vertreten. In der AK stimmte die FA für den 12-Stunden-Tag, auch weitere Angriffe der Regierung auf Beschäftigte und ihre Familien wie Kürzung der Mindestsicherung und Kassenreform unterstützen sie. Die Trennung von Parteipolitik und Betriebspolitik ist eben eine Illusion.

Flo Klabacher



Kämpferischer Sozialbereich

Schon vor den Streiks bei der „Sozialwirtschaft Österreich“ (SWÖ-KV) sind viele neue Kolleg*innen zu „Sozial, aber nicht

und neue „Sozial, aber nicht blöd“-Gruppen in Graz und Oberösterreich zu begleiten, soll es – voraussichtlich – im Herbst

Kollektivvertragsverhandlungen 2019/2020. Ein wichtiger Punkt dabei: Gemeinsamer Kampf bei den Kollektivverträgen für SWÖ, Caritas, Diakonie und anderen im Sozial- und Pflegebereich. Wir brauchen reale Verbesserungen bei der Bezahlung, bei der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen. SLP-Aktivist*innen unterstützen „Sozial, aber nicht blöd“ und meinen: Wir müssen so stark werden, dass wir 2020 einen vorzeitigen Streikabbruch verhindern können und verlangen eine Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis über Annahme oder Weiterführung des Streiks.

Michael Gehmacher

„Sozial, aber nicht blöd“ will 2019/20 echte Verbesserungen bei SWÖ, Caritas und Diakonie erkämpfen.

blöd“ dazugekommen. Die Streiks haben den Trend noch verstärkt. Jetzt stehen wichtige Aufbauschritte an: Die nächsten Wochen geht es noch um den Kampf gegen die massiven Verschlechterungen bei der Mindestsicherung. Dann wird ein Augenmerk auf das Thema Pflege gelegt. Um den Aufbau in Wien

2019 ein bundesweites Treffen geben. Wir wollen auch andere Basisinitiativen aus dem Sozialbereich wie das „Bündnis Flüchtlingsarbeit“ und „Resilienz“ zur engeren Zusammenarbeit bei gemeinsamen Themen einladen.

Nach dem Sommer planen wir eine stärkere Kampagne rund um die

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ Es tut sich was beim ASB

Bei ASB – Wohnen und Soziale Dienste, einer Unterstruktur des Wiener Arbeiter Samariterbundes stehen im April Betriebsratswahlen ins Haus. Die Kolleg*innen von ASB-WSD betreuen und beraten Obdachlose und geflüchtete Menschen, speziell unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Die Arbeitssituation ist auch in Wien gerade im Flüchtlingsbereich von Einsparungen und Schließungen geprägt. Bei den Streiks im Sozialbereich

2018 und 2019 ist gerade auch dieser Teil des ASB durch eigenständige Aktionen positiv aufgefallen. Michael Gehmacher, Flüchtlingsbetreuer und SLP-Mitglied, ist Teil eines Teams, das mit einer eigenen Liste antritt. Man setzt auf konsequente, aktive, demokratische und offene Vertretung der Kolleg*innen. Das heißt, es soll z.B. Mobilisierungen wie Streiks bei wichtigen Themen des Sozialbereichs wie den KV-Verhandlungen geben.

- Unter dem Radar

Offiziell geht es um IS-Kämpfer mit österreichischer Staatsbürgerschaft, denen die Regierung künftig konsularischen Schutz verweigern will. Tatsächlich geht es um weit mehr. Geplant ist, dass jene Staatsbürger*innen, deren Einreise die „öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würde“ künftig nicht mehr auf staatliche Unterstützung zählen können, wenn sie im Ausland Probleme bekommen. Wer gegen Firmen protestiert, die hierzuland

eine Niederlassung haben, wer gegen die Regierung oder gar den Kapitalismus demonstriert, wer die Legitimität der Regierung in Frage stellt und zum Generalstreik gegen diese aufruft – kann rasch als „Gefährder“ eingestuft werden. Eine Methode, sich hierzulande linker Demonstrant*innen zu entledigen. Das kann jedoch auch rasch Gewerkschafter*innen und Betriebsräte treffen, die zum „Sturz der Regierung“ aufrufen!

+ Aufrütteln

2018 bildete sich anlässlich des ÖGB Kongresses „ÖGB aufrütteln“ – eine Initiative, die für eine kämpferischere und demokratischere Gewerkschaftspolitik steht. Die SLP war von Anfang an dabei. Die Initiative macht als „Netzwerk kämpferische Gewerkschaft!“ weiter, um den ÖGB wieder zur Kampforganisation zu machen. Der nächste Termin ist der 21. Mai mit einer Veranstaltung zum Thema „Warum ist der ÖGB so... wie er ist?“.



Impfverweigerung ist rückschrittlich

Die Welt ist kompliziert. Ein Meer von angehäuften Wissen und Technik einerseits, der Wahnsinn und die Brutalität des Kapitalismus mit all seinen Widersprüchen andererseits. Da kann einem schon mal "das Ge-

Aber Impfungen abzulehnen, die nachweislich Leben retten, hat mit „gesunder Skepsis“ nichts zu tun. Es sind gesicherte Erkenntnisse, dass Impfschäden um Größenordnungen seltener auftreten als die (Fol-

(0,65%) auf Impfstoffe.“ Aus Sicht der Pharmaindustrie ist das Impfstoff-Geschäft wenig lohnend, wodurch es immer weniger Hersteller gibt. Kümmerst du dich als Impfgegner*innen? Offensichtlich nicht.

treffend formuliert, besteht die "Aristokratie der Seuchenfreunde ... überdurchschnittlich oft (aus) Akademiker(n) und wohlbestallte(n) Bürger(n)". Genau genommen ist die Impfverweigerung auch ein Abfallprodukt der neoliberalen Offensive. Diese ist geprägt von Entsolidarisierung und Vereinzelung vor dem Hintergrund einer unfassbaren Arm-Reich-Kluft. Trotz aller "Optimierungen" (Sozialkürzungen, steigender Arbeitsdruck) und dem Potential moderner Technik schlittert dieses Wirtschaftssystem dennoch in schwere Krisen. Anstatt das Problem an der Wurzel (Eigentumsverhältnisse & Produktionsweise) zu fassen, verfällt ein Teil einer relativ privilegierten Schicht im gesellschaftlichen Gefü-

ge in jenes anti-soziale Verhalten, das genau dem Geist des Kapitalismus entspricht. Man immunisiert sich gegen diese (unbewusste?) Erkenntnis, in dem man einem einzelnen Element den Stempel des Bösen aufdrückt, real Schaden anrichtet und sich sodann moralisch überlegen fühlt.

Wir meinen: Die Pharmaindustrie (und nicht nur diese) gehört vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle gestellt, um medizinische Versorgung sowie Forschung geplant und gerecht lenken zu können. Das ist jedoch nicht durch rückschrittliche Verweigerungshaltung zu erreichen, sondern durch eine Massenbewegung „von unten“, die auch ein alternatives Gesellschaftsmodell präsentieren kann.

Franz Neuhold

Was treibt Impfgegner*innen an, ihre und andere Kinder auf dem Altar der Pseudo-Rebellion zu opfern?

impfte aufgehen", wie man im Osten Österreichs zum "Kragenplatzen" sagt. Das aktuelle Phänomen der Impfverweigerung ist hierfür ein Beispiel, wenngleich ein erbärmliches. Klartext: Der profitgetriebenen Pharmaindustrie kann und muss man - übrigens genauso wie der Autoindustrie - tatsächlich viel vorwerfen.

ge-)Schäden bei Erkrankungen wie FSME, Märsen oder Diphtherie. Im letzteren Fall beträgt die Todesrate 10-20%. Das Robert-Koch-Institut (D) rechnet vor: "Von den knapp 194 Mrd. €, die die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2014 ausgegeben hat, entfielen 33 Mrd. € (17%) auf Arzneimittel und lediglich etwas mehr als 1 Mrd. €

Es verwundert bei näherem Hinsehen auch nicht, dass sich die einschlägigen Foren mitunter um „Weltverschwörung“ sowie verdeckten oder gar offenen Antisemitismus (Bsp. "Neue Germanische Medizin") drehen. Wer führt eigentlich diesen Scheinkampf „gegen das System“ an? Wie es der Sozialwissenschaftler Christian Kreil

Testlauf

Das „Verursacherprinzip“ will die ÖVP Niederösterreich bei Kosten für Polizeieinsätze bei Fußballspielen anwenden - Rapid&Co sollen zahlen. Was im kommerziellen Bereich vielleicht erst mal einleuchtet kann die Vorbereitung auf einen ähnlichen Vorstoß im Versammlungsrecht sein: Wer eine Demo anmeldet könnten für den Polizeieinsatz belangt werden. Schon oft wurde Fußball als Testfeld für Verschärfungen der Repression genommen.

Reich & schön & weit weg

Reden wir über die Parallelschicht: Die Reichen. In ihrem Kino-Dokumentarfilm „Generation Wealth“ tut Laura Greenfield das über 25 Jahre hinweg. Was sie zutage fördert, ist absurd, aber mehr als nur eine Art umgedrehter „Sozialporno“. Schon ihr Film „Queen of Versailles“ war eine Studie über die herrschende Klasse und was sie antreibt. Ohne jeden Bezug zur Realität bestimmen sie den Lauf von Politik und Wirtschaft. Das

ist die Welt von Trump und Putin, von Grasser und Mateschitz. Greenfield erklärt Reiche zu „Geld-Junkies“ und übersieht dabei leider die Rolle des Kapitalismus, der solche Gestalten natürlicherweise hervorbringt. Sie spricht von einer Gesellschaft auf dem Weg zum Zusammenbruch, aber die Krise von 2008 hat gezeigt: Der Kapitalismus wird nicht von alleine zusammenbrechen. Das müssen wir schon selber machen!

Buch: „Antisemitisch?“

Immer öfter wird vor dem Anstieg des Antisemitismus in den letzten Jahren gewarnt. Dieser bedrohliche Trend wird aber von Seiten der großen Medien fast ausschließlich mit Migration in Verbindung gebracht. „Die Muslime“ wären für die Zunahme an Übergriffen, Schmierereien etc. verantwortlich. Parteien wie die FPÖ geben sich als pro-Israelisch und behaupten damit, sie seien plötzlich die Vorhut gegen Antisemitismus. Immer öf-

ter wird auch Linken Antisemitismus vorgeworfen, vor allem wenn sie die Politik der israelischen Regierung kritisieren. Claus Ludwig beschäftigt sich in seinem Buch „Antisemitisch?“ (erschienen im Manifest Verlag) mit dieser Umwidmung des Begriffes. Er schaut sich die Geschichte des Antisemitismus aus marxistischer Perspektive an und entwickelt eine internationalistische Antwort auf die Nahost-Frage. Sehr lesenswert!

Es braucht mehr Kampf zum Frauentag

1909 initiierten amerikanische Sozialist*innen einen Kampftag für politische und soziale Gleichstellung von Frauen. Die Sozialistin Clara Zetkin forderte 1910 die internationale Ausweitung. Am 8.3.1917 streikten russische Arbeiterinnen und lösten damit eine revolutionäre Welle aus. 1921 wurde beim 2. Treffen der Kommunistischen Fraueninternationale der 8. März als internationaler Frauenkampftag beschlossen. Seitdem gehen Frauen weltweit an diesem Tag auf die Straße. Seit Jahrzehnten versuchen bürgerliche Feminist*innen den Tag zu entpolitisieren, doch seit einiger Zeit wird er wieder kämpferischer.

Die SLP war stets Teil der Demonstrationen und bringt dort ihr Verständnis von Frauenunterdrückung als Merkmal der Klassengesellschaft ein. Auch dieses Jahr waren Aktivist*innen der SLP und unserer sozialistisch-feministischen Initiative „Nicht Mit Mir“ vertreten:

In Wien wurde mit eigenem Block und neuem Banner gleich auf zwei Demos interveniert. Dabei wurde mit Demosprüchen das Thema „Streik als nötiges Kampfmittel“ aufgegriffen. In Linz hielten wir Reden über die aktuellen Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht und Frau-

enarbeit im Sozialbereich (dazu wurden Flugblätter der Initiative „Sozial aber nicht blöd“ verteilt, an der mehrere SLPler*innen beteiligt sind). In Salzburg organisierten wir eine Kundgebung am Hauptbahnhof mit Reden zu Arbeitsverteilung, Gewalt an Frauen, Kürzungen von FPÖVP, Selbstbestimmungsrecht und Frauen in (internationalen) Arbeitskämpfen. Die Demo in Graz erreichte mit etwa 1.500 Protestierenden eine neue Größenordnung. Die Vorwärts und die pünktlich erscheinene neue Zeitung von „Nicht mit mir“ stießen dabei auf großes Interesse.

Trotz der wachsenden Demonstrationen und der jährlichen medialen Thematisierung feministischer Inhalte am 8. März zeigen die Kommerzialisierung des Feminismusbegriffes, Träume vom „goldenen Matriarchat“, sowie der globale rechtskonservative Backlash, dass der Kampf für echte Frauenrechte notwendiger denn je ist. Als sozialistische Feminist*innen sind wir der Überzeugung, dass die Freiheit aller Menschen nur in der Überwindung des kapitalistischen Systems möglich ist und es daher eine Zusammenführung der Proteste unter einem sozialistischen Programm braucht.

Sarah Lammer



Die SLP am Klimastreik

In Wien demonstrierten ca. 30.000. Auch die SLP mobilisierte an Schulen wie der Billrothstraße und der Kandlgasse. Von der WU Wien folg-

mo spielte eine SLP-Aktivistin und Schülerin eine führende Rolle. In Linz trotzten fast 4.000 Schüler*innen dem Regen. Auch hier mobili-

lich ist. So konnte Landeshauptmann Stelzer (ÖVP) eine Rede halten, während SLP-Aktivist*innen für das Verteilen antikapitalistischer Flyer von De-

*Am 15.3. streikten weltweit hunderttausende Schüler*innen und Studierende gegen die herrschende Klimapolitik.*

ten zahlreiche Studierende dem Streikaufruf der von einem SLP-Aktivist mitinitiierten Initiative „Students for Climate Action“. Auf der Demo organisierten wir unter dem Slogan „Klima retten = Kapitalismus abschaffen einen lebhaften und lautstarken Block mit Schüler*innen. Auch in Salzburg war die SLP aktiv im Streik: In der De-

sierte die SLP am Khevenhüller-Gymnasium, und war mit einem kämpferischen Block auf der Demo. Die Stimmung war ebenso ausgelassen wie kämpferisch – im Kontrast zur Führung der Demo. Sie verzichtete sogar auf Kritik an der Landes- und Stadtpolitik, die für klimafeindliche Maßnahmen wie den Bau des Westrings verantwort-

mo-Ordner*innen (darunter wohl auch JVP-Mitglieder) angepöbelt wurden. Wir ließen uns jedoch nicht einschüchtern – und wie in allen anderen Städten stießen unsere antikapitalistischen Ideen bei den Schüler*innen auf großes Interesse. Kein Wunder, denn um das Klima zu retten, müssen wir das kapitalistische Profitsystem überwinden!

Graz verbindet Donnerstags-Demo mit Streik



Jeden zweiten Donnerstag gehen in der steirischen Hauptstadt seit Monaten um die 2.000 Menschen gegen die Regierung auf die Straße. Immer mit dabei ist die SLP Graz. In zahlreichen Gesprächen mit Passant*innen argumentierten wir für eine Organisation, die über die Demonstrationen hinausgeht. Es braucht bundesweite und vor allem demokratische Strukturen, um aus den Demos eine Bewegung zu formen, die die Re-

gierung stürzen kann! Ein Höhepunkt unserer Interventionen war die Rede eines Aktivisten der SLP und von „Sozial aber nicht blöd“, Moritz Erkl, während des Streiks im Sozialbereich. In der Rede rief er zur Solidarität für den Streik und die Ausweitung auf. Direkt vor der Demonstration organisierten wir eine Kundgebung in Solidarität mit den streikenden Kolleg*innen, die viel Unterstützung erhielt.

Nico Prettnner

Andere über uns



universität
wien



SIE SIND HIER: U:find > LEHRVERANSTALTUNG

040113 UK Antikapitalistische Theorie und Praxis (BA) (2019S)

4.00 ECTS (2.00 SWS), SPL 4 - Wirtschaftswissenschaften
Prüfungsimmanente Lehrveranstaltung

Revolution an der Uni? Im Rahmen der Lehrveranstaltung „Antikapitalistische Theorie und Praxis“ an der Uni Wien wurde die SLP eingeladen. Wir werden unsere Ideen und wie wir diese praktisch in Kampagnen umsetzen, vorstellen und mit Studierenden und Interessierten diskutieren – und zur Mitarbeit auffordern. Die Einladung ist auch ein Zeichen für das wachsende Interesse an sozialistischen Ideen!

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Mit kleinen Schritten in den Abgrund

In den 2000ern blickten viele hoffnungsvoll auf linke Regierungen in Südamerika wie die von Chavez in Venezuela oder Morales in Bolivien. Nach dem Ausbruch der Krise 2007/08 schien auch in Europa der Boden fruchtbar für linke Regierungen: Tausende feierten auf Frankreichs Straßen den Sieg Hollandes,

terte bis zu Putin, Orban, Salvini und – Kurz. Wie konnte das passieren? Damit beschäftigt sich der aktuelle Vorwärtsschwerpunkt.

Der Grund dafür, dass rechte und neoliberale Kräfte in vielen Ländern die Macht übernehmen konnten oder die politische Lage prägen, ist noch vor den „linken“

an Unterstützung durch Arbeiter*innen, was dem Aufstieg des Rechtspopulismus den Weg bereitete. Mit dem Kollaps des Stalinismus beschleunigte sich diese „Verbürgerlichung“. Gleichzeitig brachen die in manchen Ländern sehr starken kommunistischen Parteien ideologisch und organisato-

kaum statt, dafür gab es aber spontane Bewegungen, wie „Occupy“ in den USA oder die „Indignados“ in Spanien. Aus dem aufflammenden systemkritischen Bewusstsein zu dieser Zeit entstanden vielerorts neue linke Parteien wie Podemos in Spanien. Bereits existierende, jüngere Formationen bekamen Aufwind, wie Syriza in Griechenland. Doch aufgrund der fortschreitenden Verschärfung der Systemwidersprüche und dem damit verbundenen Kürzungsdiktat des Kapitals standen diese neuen Formationen sehr schnell im Praxistest. Ihre Strategien, dem System durch Reformen die Zähne zu ziehen, scheiterten fatal. Andere Linksparteien bestehen schon seit den 2000ern, wie P-Sol in Brasilien oder Die Linke in Deutschland. Dort konnte der Aufstieg des Rechtspopulismus aufgrund deren Existenz und deren relativ breiter Unterstützung verzögert werden. Doch P-Sol konnte Bolsonaro nicht aufhalten, und auch Die

Linke wird die AfD nicht stoppen können, wenn sie so weiter macht wie bisher.

Ähnlich wie vor 30 Jahren erweist sich das Scheitern der Linken als Sprungbrett für die Rechten. Das muss auch eine Warnung für neue linke Hoffnungsträger*innen wie Jeremy Corbyn in Britannien oder Bernie Sanders und die Democratic Socialists of America (DSA) sein. Denn obwohl die einzelnen Projekte unterschiedlich sind, so gibt es doch in all diesen Formationen gemeinsame Tendenzen: Die Beschränkung auf die Wahlebene, der Mangel an demokratischen Strukturen und das Fehlen eines klaren sozialistischen Programms – ein Programm, das unvereinbar mit jedweder Verschlechterung für die Masse ist und sich den kapitalistischen Spielregeln nicht beugt, sondern den Kapitalismus als das entlarvt, was er ist: Ein System, das nur für eine kleine Elite „funktioniert“ und abgeschafft gehört.

Jan Millionig.

Dass die Rechte heute so stark ist, liegt am Scheitern linker Versuche, den Kapitalismus zu reformieren.

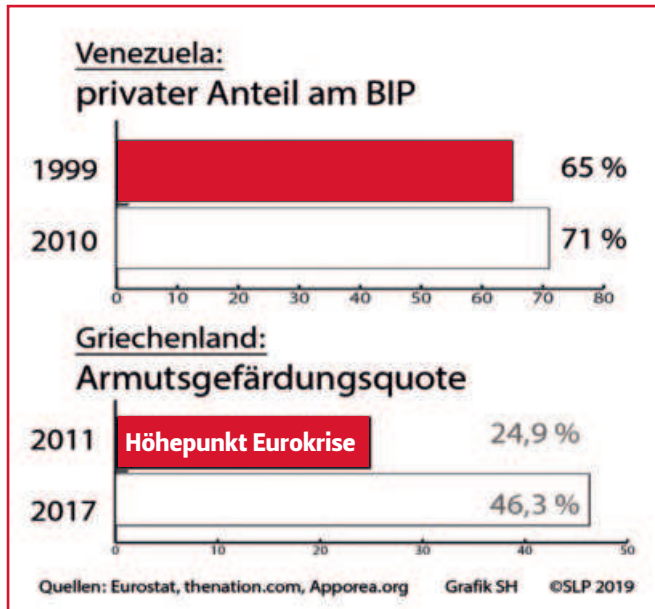
der sich als linker Sozialdemokrat präsentierte. In Spanien schoss Podemos aus dem Boden und schien kurz davor, die alten Parteien zu überholen. Und schließlich kam 2015 in Griechenland mit Syriza eine Partei an die Macht, deren kompletter Name auf Deutsch „Koalition der radikalen Linken“ heißt.

Und heute? Allerorts lesen wir vom Aufstieg der Rechten: Von Trump über Bolsonaro, Modi und Du-

2000ern zu suchen. Wir können die aktuelle Situation nur vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der traditionellen Massenparteien der Arbeiter*innenklasse, wie der Sozialdemokratie, und dem Fehlen oder Scheitern neuer linker Kräfte analysieren. In den 1980ern waren es oftmals die sozialdemokratischen Parteien selbst, welche die neoliberale Wende eingeläutet haben. Die Folge: Sie verloren stark

risch völlig zusammen. Die Arbeiter*innenklasse hat seitdem weder ein Kampfinstrument noch eine ideologische Antwort auf den Kapitalismus und seine Spar- und Spaltungspolitik in der Hand.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/08 verdeutlichte diese Krise der Arbeiter*innenbewegung und Linken noch einmal verstärkt. Denn organisierter Widerstand fand



Versprochen & gebrochen

➤ **In Griechenland** trat Syriza 2015 mit dem Versprechen an, die Kürzungspolitik zu beenden und Löhne und Pensionen wiederherzustellen. Tsipras kündigte an, dem Diktat der Troika zu trotzen. Dieses Versprechen brach er, obwohl sich die Bevölkerung in einem Referendum klar gegen die Annahme eines nächsten Memorandums aussprach. Die traurigen Folgen: Verdiensten 2009 nur 4% der Arbeitenden unter 300€, waren es 2017 bereits 14%. Das Pensionsalter erhöht die Regierung auf 67 Jahre. Die Pensionen wurden noch einmal um 18% gekürzt. Die Hälfte der Landbevölkerung ist nun von Armut bedroht. Die Ernährungsunsicherheit stieg von 7% im Jahr 2008 auf nun 14%.

➤ **Als Daniel Ortega** und die FSLN 2006 in Nicaragua an die Macht kamen, erhofften sich viele ein Anknüpfen an die sandinistischen Traditionen. Das Gegenteil war der Fall: Ortega schenkte der Kirche ein komplettes Abtreibungsverbot. Bei den Protesten gegen seine Pensionskürzungen starben bereits über 300 Menschen.

➤ **2006 verkündete** Hugo Chavez, er plane

„die Bolivarianische Revolution direkt in Richtung Sozialismus zu führen“. Doch statt demokratischer Planung der Wirtschaft von unten förderte Chavez hauptsächlich Kooperativen, die weiter konkurrieren mussten. Nur der staatliche Zugriff auf die Ölindustrie wurde verstärkt, doch im Ölkonzern PdVSA wurde den Beschäftigten die Mitbestimmung verweigert. Argument: Das Unternehmen sei „zu wichtig“. Statt den Kapitalismus zu stürzen, wurden Parallelmärkte errichtet, was nur die Inflation vorantrieb. Nun erhöhte die Hyperinflation die Kosten eines Arztbesuchs auf das mehr als 6fache!

➤ **In Deutschland** argumentiert der rechte Flügel der Partei Die Linke immer wieder für Regierungsbeteiligungen, um „mitzugestalten“. Die Bilanz einer solchen Beteiligung in Berlin: Der rot-rote Senat war 2001-11 verantwortlich für 100.000 privatisierte Wohnungen, 35.000 abgebaute Stellen im öffentlichen Dienst, Kürzungen im Bildungssystem und vieles mehr.

Das Scheitern des Reformismus des 21. Jahrhunderts

Als Anfang 2015 die „Koalition der radikalen Linken“ („Syriza“) in Griechenland an die Macht kam und Tsipras Premierminister wurde, kannte das Entsetzen bürgerlicher Medien und Regierungen keine Grenzen. Denn die neue Regierung hatte an-

neoliberalen Pläne effektiver umzusetzen? Nein. Der Grund für die Kapitulation Syrizas liegt in den unlösbaren Widersprüchen ihrer politischen Perspektiven. Denn entgegen den Befürchtungen des europäischen Kapitals wollte Syriza den Kapitalismus nicht ab-

lichen Grenzen des Kapitalismus zu stoßen. An diesen Grenzen gibt es nur mehr die Alternativen: Bruch mit dem Kapitalismus oder Unterwerfung unter sein Diktat. Syriza zog, gegen den Willen der Massen, letzteres vor. Andros Payiatsos, Marxist und Aktivist der griechischen Schwesterorganisation der SLP, Xekinima, sieht darin „eine entscheidende Lektion in Bezug auf die Rolle des Reformismus in der aktuellen globalen Epoche“. Nämlich, „dass der Versuch einer linken Partei, in der Regierung die Krise des Kapitalismus zu managen und innerhalb des Systems Lösungen für die ökonomischen und sozialen Probleme zu finden, zum Scheitern verurteilt ist“.

Was sich in Griechenland innerhalb eines halben Jahres in verdichteter Form abgespielt hat, entfaltete sich in Venezuela ähnlicher über die letzten 15 Jahre. Chavez verschaffte sich dank des stärkeren Zugriffs auf die verstaatlichte Erdölindustrie wirtschaftlichen Spielraum für weitreichende soziale Reformen: Armut und Analphabetismus wurden effektiv bekämpft und sogar Formen von demokratischer Mitbestimmung in der Wirtschaft wurden erprobt. Doch das kapitalistische Wirtschaftssystem blieb bestehen – die gesamte Nahrungsmittelindustrie ist in den Händen von ein paar Familien. Diese setzen ihre Macht ein und erzeugen künstliche Nahrungsmittelpässe, um die linke Regierung unter Druck zu setzen. Die Wirtschaft blieb vom Ölpreis und damit den Launen des inter-

Der Kapitalismus und sein Staat können nicht wegreformiert werden.

gekündigt, das Kürzungsdiktat zu beenden, unter dem die Bevölkerung seit Ausbruch der Eurokrise litt. Das Kapital und seine Schreiberlinge reagierten mit wütender Hetze in bester Kalter Kriegstradition und mit unverblümter Erpressung. Vier Jahre später ist alles anders: Die Financial Times berichtet voll Lob über die Wandlung des „Lenins der Ägäis“ zum „Darling des EU-Establishments“. Syriza hat das Kürzungsdiktat nicht nur nicht beendet: Nachdem Tsipras das eindeutige „Nein“ bei einem Referendum zur Frage eines neuen, von der EU diktierten, Kürzungsprogramms ignoriert hatte, setzte seine Regierung die brutalsten Kürzungsmaßnahmen seit Ende der Militärdiktatur um – schlimmere, als die der sozialdemokratischen und konservativen Vorgängerregierungen.

Wie konnte das passieren? Waren Tsipras und Syriza von Anfang an böswillige Verschwörer, die sich ein linkes Mäntelchen umwarfen, um ihre eigentlich

schaffen. Das Thessaloniki-Programm der Partei sah im Wesentlichen die Rücknahme von Kürzungen, ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, progressive Besteuerung und einige demokratische Reformen vor. Alles Maßnahmen, die in der „guten, alten Zeit“ des Nachkriegsaufschwungs auch von bürgerlichen Regierungen umgesetzt wurden. Doch seit Ende des Nachkriegsaufschwungs und besonders seit Ausbruch der Krise 2007/8 hat sich der wirtschaftliche Spielraum für solche Maßnahmen radikal verkleinert. Gleichzeitig hat sich das politische Kräfteverhältnis massiv verschoben. Der Verrat der Führungen der großen Organisationen der Arbeiter*innenklasse hat die Arbeiter*innenbewegung in eine Krise gestürzt – zugunsten der bürgerlichen Kräfte, die ihr System als alternativlos präsentieren konnten. Vor diesem Hintergrund war es in Griechenland unmöglich, auch nur beschränkte Reformen durchzuführen, ohne an die politischen und wirtschaft-



nationalen Marktes abhängig. Ebenso blieb der bürgerliche Staat und seine Institutionen bestehen. Chavez versuchte, ihn für linke Politik nutzbar zu machen, indem er „seine“ Leute an die richtigen Positionen setzte. Doch damit schuf er nur die Grundlage für eine bürokratische und korrupte Freunderlwirtschaft in den staatlichen Apparaten, deren Auswüchse unter Ma-

er blieb auf der Basis des Kapitalismus. Die Folge: Seit 2011 versucht Morales, eine Autobahn durch das indigene TIPNIS-Gebiet zu bauen, die Konzernen wie dem brasilianischen Ölmulti Petrobras profitable Geschäfte ermöglicht. Den indigenen Widerstand lässt er mithilfe bewaffneter Trupps niederschlagen. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess wohl

hinaus grundlegende soziale und demokratische Errungenschaften zerstören können. Das erschütterndste Beispiel dafür ist die Machtübernahme Bolsonaro in Brasilien. Sein Aufstieg ist ohne den Frust über die jahrelange Korruption der einst gefeierten „Arbeiterpartei“ PT nicht erklärbar.

In „normalen“ Perioden scheint der Reformismus den Massen als vernünftiger Weg, weil er die Grundlagen des Systems, das er reformieren will, nicht in Frage stellt. Doch die Konfrontation, die er mit den Auswüchsen des Systems eingeht, macht es nötig, genau diese Grundlagen in Frage zu stellen. In diesen Perioden fällt der Reformismus notwendigerweise hinter das Bewusstsein der Massen zurück: Denn nicht mehr die revolutionäre Umwälzung scheint utopisch, sondern die weitere Reform des Bestehenden. Marxist*innen können den Erfolg eines Bruches mit dem Kapitalismus nicht garantieren. Dieser ist von vielen Faktoren abhängig, nicht zuletzt der Existenz einer revolutionären Partei, in welcher sich die fortgeschrittensten Schichten der Arbeiter*innenklasse zusammenschließen – und ob es gelingt, den Unmut zu einer internationalen revolutionären Welle zusammenzufügen. Garantieren können wir nur, dass der reformistische Weg, auch wenn er weniger konfrontativ erscheint, auf jeden Fall in die schmerzhafteste, schlimmstenfalls blutige Niederlage führt.

Sebastian Kugler

Wer die Revolution zugunsten der Reform ablehnt, wird am Ende ohne beides dastehen.

duro groteske Ausmaße annehmen. Aufgrund der besonderen Situation gelang es in Venezuela länger, auf dem schmalen Grat zwischen Revolution und Zusammenbruch zu wandeln. Doch dieser Grat kommt an sein Ende und der Aufprall droht umso härter zu werden.

Denn die Widersprüche eines reformistischen Regimes lassen sich nur um den Preis der Aufgabe seiner fortschrittlichen Elemente im Zaum halten. So beschloss Syriza Anti-Streik-Gesetze. Chavez und Maduro setzten Gewalt gegen Demos und Fabrikbesetzungen ein, die genau das forderten, was die Regierung versprach. In Bolivien wurde Morales mit seiner Partei „Bewegung für den Sozialismus“ erster indigener Präsident des Landes und setzte viele Verbesserungen für indigene Schichten um – doch auch

in Nicaragua, wo Ortega heute eine Karikatur der linken sandinistischen Bewegung anführt. Seit mehr als einem Jahr befindet sich seine Regierung quasi im Bürger*innenkrieg gegen die Jugend des Landes, die gegen Armut und Perspektivlosigkeit rebelliert.

Das Versagen des Reformismus ist umso fataler, als seine Niederlage nicht einfach zum Ausgangszustand zurückführt. Mangels linker Alternative kann die gerechtfertigte Wut über diese Politik zu Rekrutierungsfeldern für rechte und rechtsextreme Kräfte werden. In allen genannten Ländern mischen sich solche Kräfte in die Bewegungen gegen die scheiternden reformistischen Regierungen und bieten sich als Alternativen dar. So entstehen konterrevolutionäre Dynamiken, die nicht nur errungene Fortschritte rückgängig machen, sondern darüber



Marx aktuell

Die Auseinandersetzung zwischen Reformist*innen und Revolutionär*innen ist nicht neu – am deutlichsten lässt sie sich entlang der verschiedenen Einschätzungen über den Charakter des Staates verfolgen. Der Reformismus behandelte den bürgerlichen Staat meist als neutrale Institution, derer sich sowohl die herrschende als auch die unterdrückte Klasse bedienen kann. Doch schon Marx zog aus dem Scheitern der Pariser Kommune 1871 die Schlussfolgerung: „*die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.*“ (Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, 1871). In dem der Reformismus im bürgerlichen Staat ein Instrument zur Befreiung der Arbeiter*innenklasse sieht, ketet er sich und sie letztlich an die bürgerliche Herrschaft: „*Eine reformistische Partei betrachtet in der Praxis als*

Reform – Staat – Revolution?

unerschütterlich die Grundlagen dessen, was zu reformieren sie sich anschickt.“ (Leo Trotzki; Geschichte der Russischen Revolution, Band II: Oktoberrevolution, 1930). Deswegen hat Lenin im Anschluss an Marx gegen ein solches Staatsverständnis gekämpft: „*Marx hat die Lehre vom Klassenkampf konsequent bis zu der Lehre von der politischen Macht, vom Staat, entwickelt. [...] Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommenet, aber man muss sie zerschlagen, zerbrechen. Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat*“, schreibt Lenin 1917 in Staat und Revolution mit Berufung auf das Kommunistische Manifest von 1848.

Ein tragisches Beispiel des von Marx kritisierten reformistischen Staatsverständnisses ist jenes des chilenischen Präsidenten Allende, dessen Verzicht auf einen revolutionären Weg 1973 – mit Berufung auf Karl Kautsky und Otto Bauer – die chilenische Arbeiter*innenklasse mit einem Blutbad und einer langen brutalen Diktatur bezahlen musste. Ähnliche Erfahrungen gab es 1979 in Nicaragua und im Iran, sowie in der Zwischenkriegszeit in Österreich und Deutschland und ab 1936 mit den Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien.

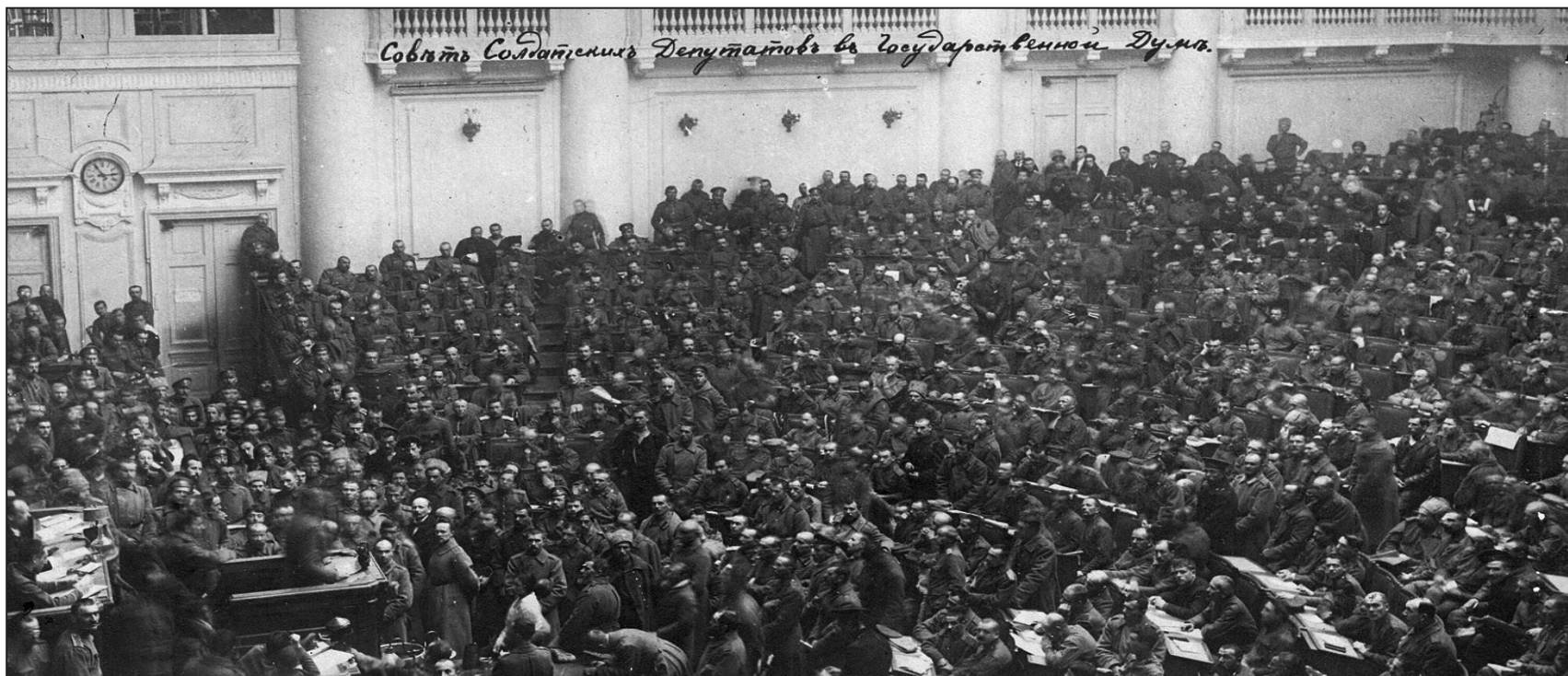
Nicht erst seit dem Scheitern von Lulas PT in Brasilien, von Chavez' bolivarischem Experiment in Venezuela und von Tsipras' Syriza in Griechenland wissen wir, dass "Linkspopulismus" und die Weigerung zu einem entschlossenen Bruch mit Großkapital, Staat und Imperialismus – statt einer klaren internationalistischen und sozialistischen Perspektive – der Linken insgesamt und der Hoffnung auf eine bessere Welt im Besonderen nachhaltig schaden. Statt im Kampf gegen das Kapital auf den Staat zu vertrauen, gilt es eine revolutionäre Partei und in Bewegungen rätedemokratische Strukturen aufzubauen, die den Interessen der Arbeiter*innenklasse entsprechen und die Grundlage gesellschaftlicher Organisation ohne Klassen bilden können.

Pablo Hörtner

Zum Weiterlesen

Wladimir Iljitsch Lenin:
Staat und Revolution.
Mit einer Einleitung von Per-Åke Westerlund
Manifest Verlag 2017.

Staat und Revolution ist die bis heute wichtigste Schrift zum marxistischen Verständnis des Staates.
Mit einer aktuellen Einführung.



Revolution? Was ist das?

Sind Reformen, die die Auswirkungen des Kapitalismus abschwächen, möglich? Ganz klar: Ja, sind sie. Seit das Kapital die bestimmende Macht der modernen Gesellschaften geworden ist, haben die, die das Kapital schaffen, aber von ihm beherrscht werden, die Arbeiter*innenklasse, immer wieder gezeigt, dass sie fähig und willens

sprechen. Wenn Schwarz-Blau und die Bosse Österreich „konkurrenzfähig“ machen wollen, müssen die Möglichkeiten für die Reichen, Profite zu machen, vergrößert werden. Etwa durch den 12-Stunden-Tag. Da andere kapitalistische Staaten das gleiche Ziel haben, ist es kein Wunder, dass in Deutschland nun auch die Aufweichung der Ar-

beit halten kann. Dauerhaft werden sich aber die Verbesserungen, die mit diesen Reformen verbunden sind, nur halten können, wenn das System, dem sie aufgezwungen wurden, ganz gestürzt wird – also durch eine Revolution.

Eine Revolution ist kein Putsch, sondern bewusste Selbsttätigkeit

ihnen wurde die Gewalt von außen aufgezwungen. Sei es die Pariser Kommune 1871, die erste Arbeiter*innendemokratie der Welt, die Russischen Revolutionen 1917, die Räterepubliken in Deutschland 1918/19, der Versuch eines Sozialismus durch Reformen in Chile, genauso wie die antistalinistischen Revolutionen in Ungarn 1956 oder der Tschechoslowakei 1968: Was immer einen hohen Blut- zoll gefordert hat, war das Gemetzel, das die Herrschenden angerichtet haben, um diese Bewegungen zu unterdrücken.

Die Geschichte birgt also viele Lehren. Nicht alle sind den immer neuen Massenbewegungen, die dieses System immer wieder gegen sich aufbringt, im Moment der Auseinandersetzung präsent. Deswegen brauchen die Arbeiter*innen eine eigene Partei. Eine Partei, für die sie nicht das Stimmvieh von Funktionär*innen ist, sondern eine Partei, die das Instrument ihres Kampfes um Befreiung ist. In einer revolutionären Partei kann die Klasse der Arbeiter*innen die Lehren der Geschichte speichern. Und in Form der revolutionären Partei können die am weitesten

fortgeschrittenen Teile der Arbeiter*innenklasse in entscheidenden Auseinandersetzungen mit den Herrschenden den Weg zeigen, wie ihre Macht tatsächlich gebrochen werden kann: Durch die Enteignung der Kapitalist*innen und die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft durch demokratische Räte.

Nur so können nicht nur die Angriffe des Kapitals zurückgeschlagen werden, sondern auch die Basis geschaffen werden für eine neue Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der nicht der Profit einer Minderheit, sondern die Bedürfnisbefriedigung und die Entfaltung der Fähigkeiten der Mehrheit der Zweck gesellschaftlicher Praxis ist. Diese Gesellschaft nennen wir Sozialismus, und den Prozess, das Geschick in die eigenen Hände zu nehmen, nennen wir Revolution. So sehr sich der Kapitalismus seit der Zeit von Marx und Engels verändert hat, diese revolutionäre Idee ist brandaktuell – denn die einzige Alternative dazu ist die fortschreitende Zerstörung von Gesellschaft und Planet durch den Kapitalismus.

Oliver Giel und **Sebastian Kugler**

Ein revolutionärer Sturz des Kapitalismus ist nicht nur möglich, sondern auch nötig.

sein können, ihre Interessen gegen das Kapital durchzusetzen. Abschaffung der Kinderarbeit, Begrenzung der Arbeitszeit, allgemeine Sozialversicherungen, und sogar das Frauenwahlrecht wurden durch Arbeiter*innen erkämpft, teilweise unter Einsatz ihres Lebens.

Nur laufen Reformen immer Gefahr, wieder rückgängig gemacht zu werden. Aber nicht, weil eine Mehrheit plötzlich mehr arbeiten will oder eine allgemeine Krankenversicherung unattraktiv geworden wäre – sondern weil sie der Profit- und Konkurrenzlogik des Kapitals wider-

beitszeitgesetze gefordert wird. Das heißt, dass im globalisierten Kapitalismus wortwörtlich jeder Angriff auf eine*n ein Angriff auf alle ist. Das heißt auch, dass auch die wohlwollendste Regierung, die dem Staatszweck verpflichtet ist, den Kapitalismus zu verwalten, den Sozialkalkhschlag mittragen muss. Es heißt schließlich, dass Reformen nur erkämpft und verteidigt werden können, wenn man mit dieser Logik bereits im Kampf bricht. Wirkliche Reformen sind das, was übrig bleibt, wenn das System sich nur um den Preis dieser Zugeständnisse über-

der Massen. In einer Revolution wird die Mehrheit der Menschheit vom Objekt zum Subjekt der Geschichte. Ohne aktive Beteiligung der Arbeiter*innenklasse ist eine Revolution heute überhaupt nicht denkbar – in diesem Sinne ist eine Revolution viel demokratischer als die Stellvertretungspolitik im Parlament. Trotzdem ist „Revolution“ für viele Menschen immer noch verbunden mit Gewalt. Doch die Geschichte widerlegt diese Verbindung: Revolutionäre Erhebungen der Arbeiter*innenklasse waren und sind ihrem Wesen nach nicht blutrünstig,

Algerien: Proteste gegen Bouteflika

Seit 22. Februar protestieren, marschieren und streiken in Algerien Hunderttausende gegen Präsidenten Bouteflika und die Fortsetzung seiner Herrschaft. Bouteflika fungiert seit einem Schlaganfall 2013 nur als Marionette. Tatsächlich herrscht eine korrupte Elite aus Militär, Wirtschaft und seiner Partei (Nationale Befreiungsfront).

Die Proteste begannen, als Bouteflika ankündigte, für eine 5. Amtszeit kandidieren zu wollen. Hunderttausende strömten zu den Massenprotesten, getrieben von der Perspektivlosigkeit und dem diktatorischen Regime. Die Jugend (Durchschnittsalter: 28-30 Jahre) kennt kein Algerien ohne Bouteflika. Die Zukunftsaussichten sind düster angesichts von 10% Arbeitslosigkeit – unter Jugendlichen noch höher – sowie der enormen Ungleichheit zwischen den Herrschenden und der normalen Bevölkerung.

Ähnlich wie im arabischen Frühling waren es junge Menschen, die die Proteste lostraten und prägten. Am 4. März leerten tausende Studierende die Universitäten und drängten auf die Straßen. Am 11. März kündigte Bouteflika an, nicht für eine 5. Amtszeit zu kandidieren. Zeitgleich wurde die Wahl auf unbestimmte Zeit ver-

schohen und soll nach einer „nationalen Konferenz“ stattfinden, die das politische System „reformieren“ soll. Da die Wahlverschiebung jedoch nur mehr Zeit für die Herrschenden bedeutet, um ihre Macht zu sichern, gehen die Proteste weiter.

Der Aufstand zeigt, dass Widerstand in arabischen Ländern unabhängig vom islamischen Fundamentalismus möglich ist. Die Bewegung braucht allerdings ein Programm und demokratische Organisationen der Arbeiter*innen und Jugendlichen, um dauerhafte Verbesserungen erkämpfen zu können. Das Scheitern des „arabischen Frühlings“ hat gezeigt, dass es nicht reicht, einen Diktator loszuwerden. Anstelle von Hoffnungen in eine Reformierung der verrotten politischen Systeme braucht es eine sozialistische und demokratische Neuorganisation der Gesellschaft, die in der Lage ist, die sozialen Probleme zu lösen und die korrupte Elite UND die kapitalistischen Profiteure zu beseitigen. Eine Alternative mit einem kämpferischen und antikapitalistischen Programm könnte sich auch in andere Länder ausbreiten, etwa nach Tunesien, wo es Anfang des Jahres ebenfalls Massenproteste gab.

Moritz Bauer



Jugend wird kaputtgespart

Die Zahl kranker Jugendlicher in Österreich nimmt zu! 23,93% (Stand 2017) lei-

wicht und weisen eine geringe Konzentrationsfähigkeit auf. Dass zusätzlich

rer Prestigeprojekte zube-toniert. Schulbuffets werden von Privaten ungesund und überteuert betrieben. Die tägliche Turnstunde existiert nur auf dem Papier und die hochgepriesene Schulautonomie macht die Lehranstalten abhängig von Firmen, die mit zuckerhaltigen Softdrinks Profite scheffeln. Das Budget für Sanierungsarbeiten von z.B. Turnsälen ist meist schon zu Beginn des Jahres aufgebraucht. Gepaart mit Kürzungen und einer immer stärkeren Privatisierung des Gesundheitssystems ist Kranksein vorprogrammiert. Da haben Demos doch gleich auch einen Gesundheitseffekt.

Moritz Erkl

Die Jungen werden immer kränker, weil den Gesundheitsappellen keine Taten folgen.

den an psychischen Erkrankungen. Auch die Zahl körperlich Kranker steigt: 2018 war von den 18-jährigen jeder 4. bei der Bundesheerstellung untauglich.

Am schnellsten wächst die Zahl junger Menschen, die an Stoffwechselerkrankung oder Haltungsschäden erkranken. Immer mehr betreiben zu wenig Sport, leiden an Überge-

auch die Frustrationstoleranz im auf Leistung getrimmten Kapitalismus schwindet, ist da wenig verwunderlich.

Es ist leicht, die Schuld Handies oder Computerspielen zuzuschieben, aber tatsächlich werden Jugendliche aus dem öffentlichen Raum vertrieben. Sport- und Grünflächen werden zu Gunsten milliardenschwe-

„Die Frauenbewegung hat mich besonders begeistert!“

Ich komme aus einer kleinbürgerlichen konservativen Familie. Meine Eltern sind sehr unpolitisch und meine Großeltern sehr strenge katholische Menschen. Bei mir zu Hause wird nicht über Politik geredet, obwohl mich Politik und Geschichte immer sehr interessiert haben. Und mir ist es wichtig, mich mit anderen, die so denken wie ich, auszutauschen. Ich war 14, als ich erst-

mals über die Frauenbewegung gehört habe und ich war begeistert, dass da viele Menschen für ihre Rechte und für Selbstbestimmung kämpfen. Meine Gedanken waren schon damals: „Ich will über mein Leben, über meinen Körper alleine bestimmen.“ Bei der me-too Demo, die die SLP und „Nicht mit Mir“ im Winter 2017 organisiert haben, habe ich die SLP das erste Mal bewusst wahr-

genommen. Kurz war ich dann bei der Linkswende aktiv, aber die Frage von Frauenunterdrückung und der Kampf dagegen waren da kein wirkliches Thema. Seit drei Monaten bin ich jetzt Mitglied der SLP und auch bei Nicht mit mir aktiv. Die Stimmung und der Umgang sind in der SLP solidarisch und herzlich, so wie ich es mir vorstelle.

Vanessa Kultscher, 18, Schülerin aus Niederösterreich

Brandstifter des Monats



Der australische Senator Fraser Anning verteidigte den rechtsextremen Terroranschlag in Christchurch, bei dem 50 Menschen starben. Er gab sogar Muslimen die Schuld dafür, dass sie ermordet werden. Daraufhin zerschlug ein 17-jähriger ein Ei auf Annings Kopf – und wird seither als „Egg-Boy“ gefeiert.



Deutschland: Mieter*innen im Widerstand

In deutschen Städten fehlen derzeit eine Million Wohnungen. Gleichzeitig stehen zwei Millionen Wohnungen – davon viele aus spekulativen Gründen – leer. 600.000 baureife Bauplätze bleiben aus spekulativen Gründen unbebaut. Die Mieten explodieren. Hohe Mieten gelten in den Städten als Ar-

mer privaten Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen. Nach einer repräsentativen Umfrage unterstützen in Berlin 54,8% der Bevölkerung die Enteignung von Großvermieter*innen. Immobilienhaie und bürgerliche Presse wittern die „Rückkehr des Sozialismus“.

halb von nur zwanzig Jahren aus dem Nichts zum größten deutschen Immobilienkonzern aufbauen konnte und inzwischen auf Einkaufstour ins europäische Ausland geht. Letztes Jahr hat sich die VONOVIA die österreichische, ehemals staatliche Wohnungsgesellschaft Buwog mit 49.000 Wohnungen für

unter Druck. Allerdings gab es bisher nur kosmetische Veränderungen und Absichtserklärungen. Die Mieten steigen weiter, Menschen werden weiter aus ihren Quartieren vertrieben. Häuser mit erhaltenswerter Bausubstanz und noch bezahlbaren Mieten werden zugunsten von Eigentums- oder teureren Mietwohnungen abgerissen. Modernisierungen bleiben für die Vermieter*innen Gelddruckmaschinen und, weil sie die Mieten erhöhen, Horror für die Mieter*innen. Der Widerstand muss deshalb noch größer, breiter, lauter und entschlossener werden. Nach lokalen und regionalen Demonstrationen wäre eine bundesweite Großdemonstration gegen den Mietwahn in Berlin ein wichtiger Schritt im weiteren Aufbau einer bundesweiten Mieter*innenbewegung. In Mieterinitiativen wird bereits über die kollektive Weigerung von Mieterhöhungszahlungen diskutiert.

Die Partei DIE LINKE hat das Thema Wohnen zu einem Kampagnenschwerpunkt gemacht. Im April 2018 hat der Parteivorstand DIE LINKE auf Antrag des Parteivorstandsmitglieds und SAV-Mitglieds Lucy Redler und weiteren

Mitgliedern der Antikapitalistische Linken (linkes Bündnis in der LINKE, Anm.) die Forderung nach „Überführung der VONOVIA in Gemeineigentum durch Enteignung“ beschlossen. Entschädigung soll es nach diesem Beschluss nur für Kleinaktionär*innen geben. Am 11. März 2019 war Lucy Redler als Vertreterin von DIE LINKE in die ARD-Talkshow „hart aber fair“ eingeladen und konnte vor einem Millionenpublikum für die Enteignung argumentieren.

In verschiedenen Städten sind SAV-Mitglieder in der Mietenbewegung aktiv. Wir setzen uns in DIE LINKE dafür ein, dass die Partei eine aktive Rolle dabei spielt, die Mietenbewegung weiter aufzubauen und dabei antikapitalistisches und sozialistisches Bewusstsein schafft. Im April erscheint die SAV-Broschüre mit dem Titel „Keine Profite in der Miete – sozialistisches Programm gegen Wohnungsnot und Mietwahn“, die ein Programm und eine Kampfstrategie vorschlägt.

Ursel Beck,

Aktivistin
in Mieter*inneninitiativen,
SAV Stuttgart,
www.sozialismus.info

Das Gespenst von Enteignung und Sozialismus geht um!

mutrisiko Nummer Eins. In Deutschland formiert sich eine Mietenbewegung. Bei vielen Wohnungsgesellschaften gibt es Mieter*inneninitiativen, die angefangen haben, sich bundesweit zu vernetzen. Breite Bündnisse von Mieterinitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden haben große Demonstrationen organisiert. Die größten Demonstrationen gegen den Mietwahn gab es 2018 in Berlin und München mit 25.000 bzw. 11.000 Beteiligten. Am 6. April 2019 gibt es in Berlin, Köln und Stuttgart erneut Demonstrationen. Am selben Tag startet in Berlin das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Es fordert die Enteignung al-

Die Mietenproteste und die Forderung nach Enteignung sind die Reaktion darauf, dass Wohnungen im neoliberalen Kapitalismus zum Spekulationsobjekt verkommen sind und die Mieten explodieren. Der Finanzmarkt kontrolliert den Wohnungsmarkt. Mehr als eine Million Wohnungen in Deutschland befinden sich inzwischen unter der direkten Kontrolle von finanzmarktorientierten Fondsgesellschaften und Börsenkonzernen. Das ist das Ergebnis des Verkaufs von Wohnungen, die einst im Eigentum des Bundes, der Länder und der Kommunen oder als Werkwohnungen im Besitz von Unternehmen waren. Eine Folge davon war, dass sich die VONOVIA inner-

5,2 Milliarden Euro unter den Nagel gerissen. Die Buwog-Mieterinnen werden nun ebenfalls zu Opfern der aggressiven renditeorientierten Geschäftspolitik der VONOVIA und sollten sich dagegen wehren und organisieren. 2018 hat die VONOVIA ihren Gewinn um 15,8% auf 1.07 Milliarden Euro gesteigert. Von jedem Euro Miete flossen 38 Cent an die Aktionär*innen.

Die zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Proteste und erst recht das Berliner Volksbegehren zur Enteignung haben die Themen Wohnungsnot, Mietwahn und Gentrifizierung zu einem zentralen öffentlichen Thema gemacht. Politik und Immobilienunternehmen sind

Wahlen in Nigeria

Die Präsidentschaftswahlen vom 23.2. und die Gouverneurs- und Regionalwahlen am 9.3. haben die Unzufriedenheit mit Nigerias korrupter kapitalistischer Elite gezeigt. Zwar wurde Muhammadu Buhari vom All Progressives Congress (APC) wiedergewählt – jedoch nur, weil viele die 16 Jahre Korruption und Misswirtschaft der Peoples Democratic Party (PDP) noch im Gedächtnis haben. Nur 35,6% wählten überhaupt. Bei den Gouverneurswahlen konnten der APC seine Gebiete im Norden und die PDP ihre im Süden halten. Aufgrund der ungelösten sozialen Probleme und der ethnischen Zersplitterung auch des politischen Systems sind weitere Konflikte nicht ausgeschlossen.

Den nigerianischen Massen ist klar: Egal welche Vertreter*innen der Herrschenden sie wählen, die Last des kapitalistischen Elends und die Krisen der ölabhängigen Wirtschaft werden auch weiterhin auf sie abgewälzt. Auch die durch die ökonomische Misere angefeuerten Konflikte im Niger Delta, mit Boko Haram oder auch zwischen Hirten und Ackerbauern können von ihnen nicht beendet werden.

Um die Probleme zu lösen, wäre eine ganz andere Partei und eine ganz andere

Politik nötig. Es braucht eine Massenpartei der Armen und Arbeiter*innen, die auf Basis eines sozialistischen Programms für die Verteilung des vorhandenen Reichtums des Landes auf alle kämpft. Um dies voranzutreiben, gründete unsere Schwesterorganisation Democratic Socialist Movement (DSM) mit Aktivist*innen u.a. aus Gewerkschaften bereits 2013 die Socialist Party of Nigeria (SPN). Nach jahrelangem Kampf gegen das undemokratische Wahlsystem wurde die Partei 2017 registriert und konnte nun endlich an den Wahlen teilnehmen. Eine der zentralen Forderungen ist die Vergesellschaftung der wichtigsten Sektoren der Wirtschaft. Dies ist notwendig, um zum einen den Reichtum aus dem Öl nicht für die korrupte Elite, sondern für Investitionen in Infrastruktur, Spitäler, Schulen und ordentliche Löhne zu verwenden, aber auch um die Abhängigkeit vom Öl zu durchbrechen. Für Mandate hat es diesmal nicht gereicht – doch gelang es, Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften aufzubauen und über 200 neue Mitglieder zu gewinnen. Ein wichtiger Schritt, der nun ausgebaut wird durch die kommende Arbeit der SPN.

Lukas Kastner



USA: Den Bossen eine Lehre!

In den USA ist das Bildungswesen einer der wenigen Bereiche, die sich weitgehend in öffentlicher Hand befinden. Jedes Jahr werden mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar aus-

den USA sind, auf. Während insgesamt nur 10% der Beschäftigten bei der Gewerkschaft sind, sind es bei Lehrer*innen über 40%. An vielen Orten haben sie Basisgruppen auf-

ren Forderungen breitere Schichten von Beschäftigten angesprochen (insbesondere berufstätige Eltern). So haben die Lehrer*innen breite Unterstützung gefunden. Sie haben sich nicht auf Bürokrat*innen der Gewerkschaften oder "wohlwollende" Politiker*innen verlassen, sondern viel mehr auf ihre eigene Kraft, indem sie zur Waffe des Streiks gegriffen haben.

Es ist wichtig, dass die meisten dieser Streiks klare Siege errungen haben. Es ist ein Schlag gegen Trump und jene, die die Bildung „reformieren“ wollen und ein Signal an den Rest der Arbeiter*innenklasse, dass es möglich ist, zu kämpfen und zu gewinnen.

Bretttros

*Über 100.000 Lehrer*innen haben für bessere Bezahlung, kleinere Klassen und gegen Privatisierung gestreikt.*

gegeben. Das wollen die Kapitalist*innen gerne privatisieren. Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist das eines der Hauptziele der Kürzungspolitik.

Gegen diese Bestrebungen stehen Lehrer*innen, die der am besten organisierte Teil der Arbeiter*innenklasse in

gebaut, um sich auf lokaler Ebene zu organisieren. In einigen Städten wie Los Angeles und Chicago haben diese Strukturen sogar die Führung ihrer Gewerkschaften errungen. Sie haben sich an Schüler*innen, Eltern und die umliegenden Stadtteile gewandt und mit ih-

GB: Streiks in Birmingham

Die Beschäftigten der Müllabfuhr, die bereits 2017 gestreikt hatten, taten es am 19./20.2. wieder: Gegen Repression. Es war die Eskalation eines länger andauernden Kampfes – die Gemeinde hatte 2017 Streikende auf eine schwarze Liste gesetzt und Geheimzahlungen für Streikbruch getätigt. Damals ging es um Personalabbau. Ebenfalls gestreikt gegen Kürzungen und Privatisierung haben die Pflegekräfte

in Birmingham. Sie hatten 2018 bereits 40 Streiktage gesammelt. Die Arbeitskämpfe wurden vom kämpferischen Betriebsrätenetzwerk NSSN und der Socialist Party (CWI in England und Wales) unterstützt, u.a. durch Solidaritätsaktionen und -veranstaltungen, um die Kämpfe zu verbinden. Die SP fordert, dass sämtliche Kürzungen gestoppt und die Repressionen zurückgenommen werden.

www.socialistparty.org.uk

Quebec: Löhne & Inflation

Die Delegierten der Gesundheitsgewerkschaft FSSS fordern für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen für die 90.000 Beschäftigten im Gesundheitssektor in Quebec/Kanada eine „gleitende Lohnskala“. Diese automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation (Verhandlungen nur für das darüber hinaus) gab es bis in die 1980er Jahre. Die jetzige Initiative wurde von SECHUM eingebracht, einer Gewerk-

schaft von Spitalsbeschäftigten in Montreal, wo Socialist Alternative (CWI in Quebec) seit mehreren Jahren aktiv ist. Die jahrelange Kampagne von SA für einen Mindestlohn von 15 Dollar und automatische Inflationsabdeckung erhielt 22.000 Unterschriften. Die Gewerkschaftsführung versucht, die Forderungen zu verhindern, doch diese werden nun unter den Beschäftigten diskutiert.

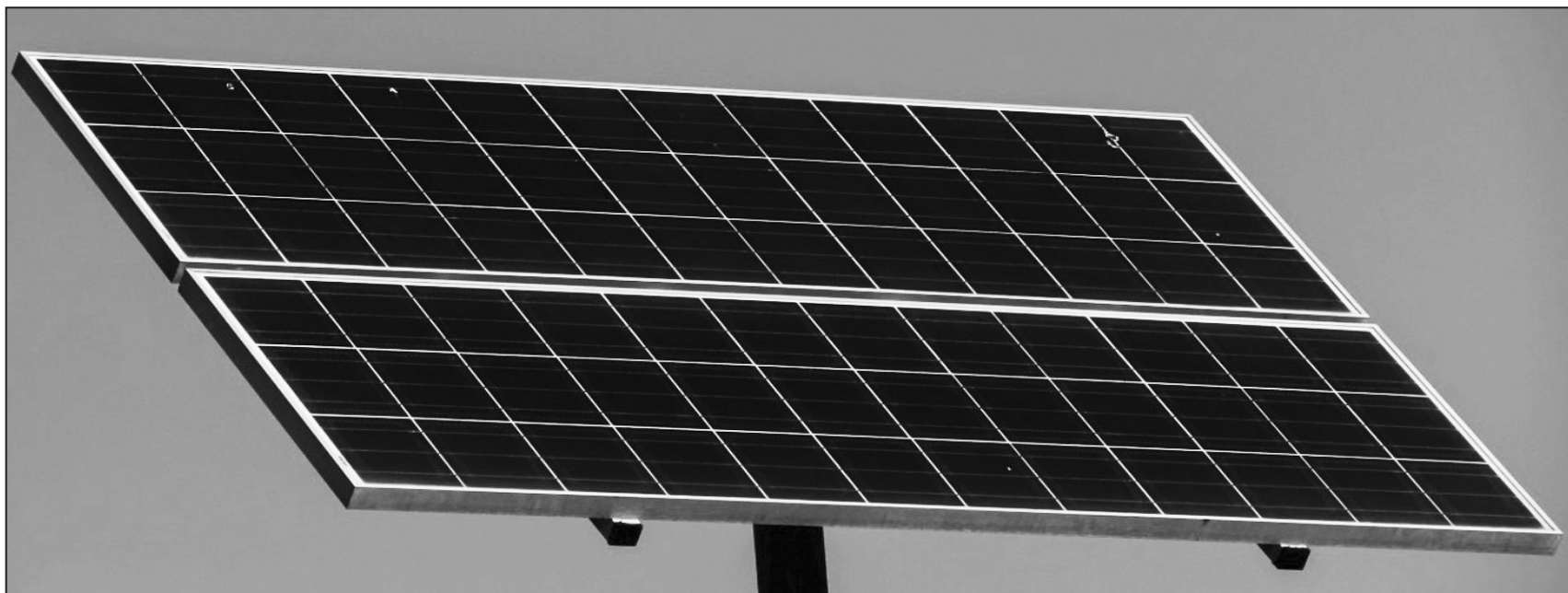
www.alternativesocialiste.org

Spanien

Am 23./24.2. fand der 19. Kongress von Sindicato de Estudiantes statt, der Organisation der Schüler*innen, organisiert von Izquierda Revolucionaria (CWI in Spanien). 200 Jugendliche aus ganz Spanien diskutierten über die Verteidigung des öffentlichen Bildungssystems, den Kampf von Frauen, den Klimastreiks, den Kampf gegen staatliche Repression und die Überwindung des Kapitalismus.

sindicatodeestudiantes.net

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)



Sozialismus statt Illusion des „Grünen Kapitalismus“

Die wissenschaftlichen Fakten zur Klimakrise sind seit Jahrzehnten bekannt. Die wirklich notwendigen Maßnahmen, um eine realistische Chance zu haben, das 1,5°C-Ziel von Paris halbwegs einzuhalten, auch: Wir müssen ab sofort

len Bevölkerung geht, die von ihrem Land vertrieben wird). Dieser Ablasshandel soll unser Gewissen beruhigen und schützt die großen Konzerne davor, ihre Produktion umzustellen.

Es ist zwar sinnvoll, den Fleischkonsum zu redu-

Wachstum und Profitstreben sowie daraus sich ergebend Planlosigkeit und Überproduktion, zu verändern. In Kombination mit erbarmungsloser Konkurrenz führt das dazu, dass ernsthafter Umweltschutz nicht wettbewerbsfähig ist und damit nicht im nötigen Ausmaß wirksam sein kann. Umweltschutzauflagen werden von den Konzernen angegriffen und solange verwässert, bis sie marktkonform sind. Der Emissionshandel ist das beste Beispiel. Dieser hat u.a. in der EU und Australien großen umweltschädlichen Konzernen durch die Vergabe der CO₂-Zertifikate Gewinne und gleichzeitig den Staaten Verluste beschert.

Laut der britischen Zeitung The Guardian sind 100 Konzerne für 71% der globalen Treibhausgasemissionen seit 1988 verantwortlich. Die Regierungen haben kaum Vorschriften und Verbote und keine effektive CO₂-Steuer eingeführt. Sie schützen die Konzerne - Wachstum und Profit dürfen nicht in Frage gestellt werden. Das führt zur perversen Situation, dass Österreich und die EU klimaschädliche Industrien mit Milliarden fördern. Allein in Österreich belaufen sich die umweltschädli-

chen Subventionen auf 3,8-4,7 Mrd. € pro Jahr. Die EU zahlt jährlich Subventionen von 58 Mrd. € für Kohlekraftwerke und durch fehlende Kerosin-Steuern verliert sie Einnahmen von 30-40 Mrd. €. Indirekt bezahlen so wir alle für die Profite der Konzerne und bekommen im Austausch dafür die Klimakrise. Das ist aber kein Alleinstellungsmerkmal konservativer-rechtsaußen Regierungen. In Bezug auf den Bau der 3. Piste am Flughafen Schwechat war Ex-Kanzler Kern der Meinung „es könne nicht sein, dass vage Begriffe wie Klimaschutz ein solches Projekt zu Fall bringen.“

Das alles zeigt, dass wir den Regierungen nicht vertrauen können. Sie vertreten nicht unsere Interessen. Diese Einsicht ist besonders wichtig angesichts der aktuellen Klimastreik-Bewegung. Slogans wie „wir streiken bis ihr handelt“ und „Systemwandel statt Klimawandel“ sind griffig und zeigen die zum Teil radikale Haltung der Bewegung. Gleichzeitig gibt es aber auch bei vielen die Hoffnung, dass dieser Systemwandel mit den jetzigen Parteien möglich wäre. Das ist eine Illusion. Der Staat ist nicht neutral, sondern indirekter Ausdruck und Verteidiger der kapitalistischen Verhältnisse.

Die Einhaltung des 1,5°C-Zieles erfordert derart fundamentale Veränderungen von Industrie, Infrastruktur und Landwirtschaft, dass diese bei weitem den Rahmen dessen sprengen, was in diesem System möglich ist. Wir müssen u.a. den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern, die Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf 100% erneuerbare Energien umstellen und die Wirtschaft planen, um Produkte langlebiger und Produktion nachhaltiger zu machen. Um die Klimakrise wirklich zu bekämpfen, brauchen wir ein grundlegend anderes System: Eines, das sich an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert und auf allen Ebenen demokratisch organisiert ist. Als erstes müssen die 100 größten Treibhausgas-Emittenten vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle jener gestellt werden, die nicht von Profiten, sondern ganz normaler Arbeit leben. Denn über das, was uns als Gemeinschaft gehört, können und müssen wir auch als Gemeinschaft entscheiden. Nur dann können wir die oben beschriebenen Maßnahmen auch umsetzen.

Philipp Chmel

Mehr auf slp.at:

20 Fragen und Antworten:
Können wir die Welt noch retten?

*Widerstand ist keine Ware,
der Kampf um das Klima keine
neoliberale Geschäftsidee.*

alle zehn Jahre den globalen Ausstoß von Treibhausgasen mehr als halbieren und ab 2050 dürfen gar keine Treibhausgase emittiert werden.

Das steht in komplettem Widerspruch zu dem, was die Regierungen unternehmen, nämlich wenig bis nichts. Sie behaupten, dass Umweltschutz und „Wirtschaft“ Hand in Hand gehen könnten, beschwören einen „Grünen Kapitalismus“ und betonen, dass jede*r Einzelne etwas gegen die Klimakrise tun soll. Wenn wir alle Bio kaufen und auf Ökostrom umstellen, schaukeln wir das schon. Da wir natürlich weiter konsumieren sollen, sonst würde ja die Wirtschaft leiden, können wir den CO₂-Ausstoß kompensieren, dafür werden z.B. ein paar Bäume in Südamerika gepflanzt (was häufig zu Lasten der loka-

zieren (die Produktion von Rindfleisch verursacht 50-mal mehr Treibhausgase als die von Getreide) und wenn möglich Bahn, Öffis und Rad statt Flieger und Auto zu nehmen, aber das ist nicht die Lösung. Der Fokus auf individuelle Konsumentscheidungen lenkt vom wirklichen Problem ab.

Die Klimakrise kann nicht durch „Grünen Kapitalismus“ gelöst werden. Dieser ist der Versuch, die Ursachen eines Problems als dessen Lösung darzustellen. „Grüner Kapitalismus“ ist die Illusion, dass auf Basis der existierenden Marktmechanismen und Warenstruktur ernsthafter Umweltschutz möglich wäre. Es wird so getan, als wäre Umweltschutz ein Zusatzstoff, der jedem Produkt zugefügt werden könnte, ohne die Grundpfeiler, kapitalistisches

Fünf Gründe, warum...

1 Undemokratische Zusammensetzung. Die UNO besteht mittlerweile aus 193 Mitgliedern in der Generalversammlung. Mitspracherecht (und gegenseitiges Vetorecht) haben seit der Gründung 1945

date für militärische Einsätze (Koreaner, drei Golfkriege, Ex-Jugoslawien, ...) erteilt worden. Diese Interventionen richten sich nach den Interessen (z.B. Öl) der Großmächte des Sicherheitsrates.

... die UNO kein Friedensprojekt ist.

aber nur die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA). Demokratische Entscheidungen gibt es nicht.

2 Kriegsmandate. Entgegen der Meinung, dass die UNO ein Friedensprojekt ist, sind schon seit den 1950er Jahren Man-

3 Auslöser von Ungleichheit. Institutionen wie der IWF oder die WTO sind eng mit der UNO verwoben und sorgen maßgeblich für wirtschaftliche Ungleichheit, Armut und Ausbeutung. Dabei werden Umweltfaktoren wie Tierschutz oder Reinhaltung der Luft als „Handelshemmnisse“ eingestuft.

4 Ablenkung und Illusionen. Nebenorgane der UNO wie das Kinderhilfswerk (UNICEF) oder UNO-Botschafter*innen kritisieren Armut, Frauenunterdrückung oder Umweltzerstörung – Missstände, an denen die UNO Mitschuld trägt. So wird ein kritisches Mäntelchen umgehängt, um Menschen vom wirklichen Kampf gegen die Ungerechtigkeit abzuhalten!

5 Institution des Kapitalismus. Die UNO ist eine Organisation, wo die Herrschenden versuchen, ihre Profit- und Machtinteressen international abzustimmen. Es wird versucht, eine Rechtfertigung zu schaffen und sich moralisch zu legitimieren. Kriege werden so nicht verhindert. Frieden kann so nie geschaffen werden.

Stefan Brandl

Vor 30 Jahren...

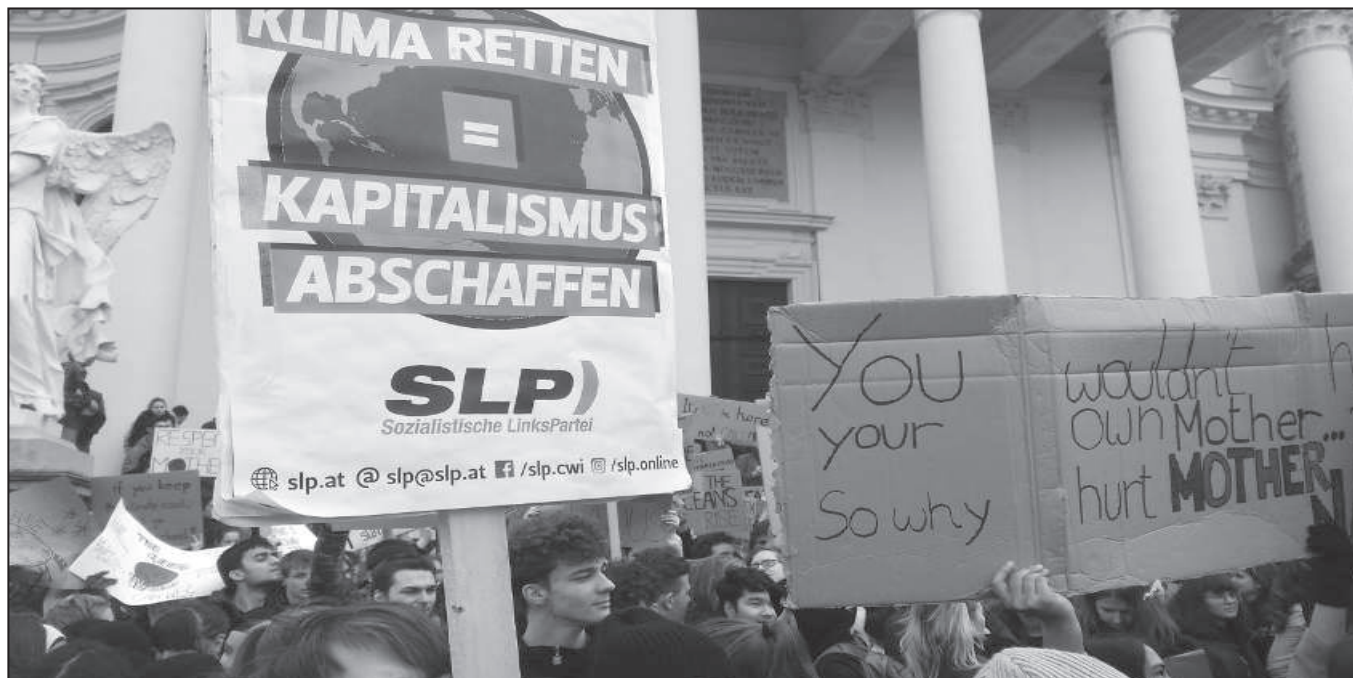


Fans des FC Liverpool sind am 15.4.89 beim FA Cup in Hillsborough/Sheffield. Die Polizei leitet sie in einen völlig überfüllten Block. Massenpanik bricht aus. Erst als es einigen gelingt, sich aufs Spielfeld zu retten, wird das Spiel unterbrochen und die Tore geöffnet. 94 Menschen sind bereits tot. Rechte Presse und Tory Regierung unterstellen, dass helfende Polizisten angegriffen, auf Tote uriniert und sterbende Frauen vergewaltigt werden. Erst nach 23 Jahren zeigt ein Untersuchungsbericht die wirklich Schuldigen in Polizei und Politik. Auch heute „testet“ die Polizei Repressionsmaßnahmen an Fußball-Fans, wie im Kessel beim Wiener Derby im Dezember.

Ali Kropf

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen! Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Weg mit dem Klimakiller Kapitalismus!

Der 15. März war ein internationaler Aufschrei der Jugend gegen die Zerstörung des Planeten.

keine Ruhe geben. Sie ist politischer als den Herrschenden recht ist und sucht nach einem Aus-

Es gibt viele gute Forderungen wie Ausbau der Öffis oder Ausstieg aus fossilen Brenn-

SLP schlägt eine offene Diskussion über verschiedene Vorschläge und Ideen in der Bewegung vor. Nicht durch eine scheinbare „Überparteilichkeit“, sondern in dem klar wird, wer wofür steht. Wir haben das Recht, alle Vorschläge zu kennen. Und wir brauchen demokratische Strukturen, getragen von regionalen und Schulkomitees, in denen die Aktivist*innen selbst entscheiden!

Nicht nur freitags, sondern jeden Tag für unsere Zukunft kämpfen!

Politiker*innen versuchen, die Bewegung „zu Tode zu umarmen“ oder die Jugendlichen als irregeleitet darzustellen. Doch die Jugend wird

weg aus der Klimakrise. Jetzt geht es darum, den nächsten Schritt zu gehen: Wir brauchen Programm und Struktur für die Bewegung.

stoffen. Aber wie kommen wir dorthin und wie soll das finanziert werden? Appelle an die Politiker*innen werden das nicht bewirken. Die



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.



Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi



Termin

Klimakrise und Frauen

Zerstörung der Lebensgrundlagen, klimaverträglich leben, essen & putzen - Frauen sind besonders betroffen - "Nicht mit mir" und SLP laden zur Diskussion.

Mo., 8.04.2019

um 18³⁰ Uhr

„Zypresse“, 1070
Westbahnstr. 35a

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Café Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)